

Recht Inlettel auf dem Gelände neben den Häusern. Nach liegen Berge von Geröll und Schutt. Nach vermutet man das unter dem Geröll Tote liegen, die man nicht bergen konnte. Es fehlt an einer energiegelben, planmäßigen Tätigkeit, schnell aufzuräumen. Die Schuttberge, die Geröllhaufen, die noch mit einem weichen Boden verstreut sind, verbreiten einen pestilenzialischen Gestank. Dabei war noch kühles Wetter. Wenn erst die Sonne in diese Schlammwüste brennen würde, dann wäre es nicht mehr auszuhalten. Fliegen- und Mückenplage muß die notwendige Folge sein. Seuchen müssen entstehen, wenn man nicht schneller mit den Aufräumungsarbeiten nachkommt. Die Abfuhr des Schuttes, die Zufuhr von Material ist absolut noch nicht im Gange. Man hätte erwarten dürfen, daß Feldbahnen gelegt würden, daß Kolonnen in ununterbrochener Tätigkeit den Schutt abfahren, daß man auf den Landstraßen Lastwagen um Lastwagen begeben, die den Schutt ab-, Material anfahren. Nichts von dem ist zu sehen. Wir kritisieren nicht die Arbeitsleistung des Einzelnen. Aber es ist kein Plan in der Arbeit. An einer Stelle pumpt man mit einer primitiven Pumpe einen Keller leer. An einer anderen Stelle reinigt man ein paar Schubkufen. Material steht man noch nicht anfahren. Vorarbeiten zur Unterbringung Obdachloser oder von Arbeitern fehlen noch. Wenn im ganzen Ueberflutungsgebiet so gearbeitet wird, dann wird die Aufräumungsarbeit Monate in Anspruch nehmen.

Der freiwilligen, unentgeltlichen Hilfstätigkeit, dem Opfermut derer, die sie geleistet haben, sollen wir alle Anerkennung. Jedoch auf die Dauer kann diese Arbeit nicht genügen. Die Arbeit muß weiter durch bezahlte Arbeitskräfte ausgeführt werden. Die einschlägigen Maßnahmen, Feldbahnanlagen, Einlös festerer Autokolonnen, müssen durchgeführt werden. Die Arbeiter müssen ausreichend entlohnt und versorgt werden. Schon hören wir, daß einzelne Firmen die Löhne drücken wollen. Es wird notwendig, daß sich die Arbeiterchaft darum kümmert, daß aus dem Schlammjumpf des Hochwassergebietes, aus der Not und dem Elend nicht ein Korruptionsjumpf deutscher Unternehmer wird. Wir haben geteilt im Landtag schon gefordert, daß zuerst die kleinen Betrüger entschädigt werden. Wir werden unsere Aufmerksamkeit ständig darauf richten, daß nicht neue Korruptionsfunde entstehen, oder daß solche vertuscht werden.

Ein besonderes Wort muß man der Unterbringung der Kinder widmen. Auch bei der Vergebung der Kinder herrschte bisher die wüste Willkür. Gestern hat die IAH einen Transport Kinder aus Reudorf abgeholt. Wie uns in Berggrübel gelagt wurde, haben die Stahlhelmer von den Leuten die Kinder mit großen Verprügelungen über die gute Unterbringung abgeholt. Wir erfahren aber, daß sie dann die Kinder in Massenquartiere an die Krankenhäuser abgeteilt haben. In Heilbrunn hat man 18 Kinder in Massenquartier abgegeben. Die Abgabe der Kinder an die Internationale Arbeiterhilfe, die eine große Anzahl von Quartieren zur Verfügung stellte, wurde durch die Behörden sabotiert.

Wir werden uns in Verbindung mit der IAH darum bemühen, daß die Kinder besser untergebracht werden. Das, was wir gestern in Berggrübel sahen, wird uns Veranlassung geben, um so energischer und schneller auf die Vorlegung eines Aufbauplanes an den Landtag zu drängen. Wir werden darauf sehen, daß der Aufbauplan die kleinen Geschädigten in voller Höhe ihres Verlustes berücksichtigt. Vor allen Dingen verlangen wir, daß jetzt schneller gearbeitet wird.

Die Polizei löst die IAH-Sammlungen  
Das Dresdner Polizeipräsidium zaudert mitzutteilen, daß die Störung der IAH-Sammlung in Heilbrunn erfolgt ist. Der Ort untersteht nicht der Dresdner Polizei. An die Dresdner Polizei sei keine Anweisung zur Säuberung von Sammlungen der Arbeiterorganisationen oder der IAH erlassen.

Soll private Hilfe den Staat übertreffen?  
Anlässlich der Unwetterkatastrophe im Müglitz- und Gottelubatalke spendete der Dresdner Lehrerverein 1000 RM. Das Geld soll den notleidenden Kindern zugute kommen und direkt den Schulen im Unwettergebiet überwiesen werden.  
Die Hofmühle Bienenitz hat der Internationalen Arbeiterhilfe zur Unterstützung ihres Hilfs-

# Bringt Hilfe!

## Aufruf der IAH

Die Folgen der Naturkatastrophe im östfälischen Erzgebirge sind verläufig noch unübersehbar. Ungefähr 200 Tote sind ihr zum Opfer gefallen. Ganze Dörfer müssen aus gesundheitlichen Gründen geräumt werden. Die Internationale Arbeiterhilfe, die sich selbst zur Aufgabe gestellt hat, helfend bei Natur- und Wirtschaftskatastrophen einzugreifen, hat gleich nach Bekanntwerden dieses Unglücks die Initiative ergriffen. Gleich am 1. Tage hat sie einen Teil der Verpflegung der freiwilligen Rotbandsarbeiter übernommen. Ingesamt sind bis jetzt 4 Lastautos Lebensmittel nach dem von der Katastrophe betroffenen Gebiet geschickt worden. Etwa 250 Kinder sind in Dresden und Umgebung durch die IAH untergebracht worden. Die Internationale Arbeiterhilfe steht mit an der Spitze bei der Durchführung der Hilfsaktion. Zur Weiterführung der Aktion gehört aber Geld und nochmals Geld. Die IAH hat bisher von Gemeinden und Staat so gut wie nichts erhalten. Alle Mittel müssen durch die Organisation selbständig aufgebracht werden. Es gilt, den verbleibenden Brüdern die Solidarität der Arbeiterklasse zu zeigen, um in ihnen den Gedanken zu festeren, daß nur durch Zusammenbruch und durch die Solidarität der Arbeiter eine Hilfe auf allen Gebieten möglich ist.

Wir appellieren deshalb an alle Klassenorganisationen in den Fabriken und Kontoren zur Fortwärtstreue und Weiterführung der Hilfsaktion Mittel aufzubringen und die Sammelaktion der IAH zu unterstützen. Sammellisten und Sammelmaterial ist außerdem bei den Ortsgruppen der IAH oder beim Landesauswahlsch. Dresden-N., Güterbahnhofstraße 24.

wertes zunächst 100 Bierplanenote und 1 Zentner bestes Mehl übermischen, die getrennt mit dem 4. Lebensmitteltransport der IAH den Unwetteropfern bereits zugeführt worden sind.

## Immer neue Unwetter

In Schlesien und Unterfranken  
Berlin, 14. Juli. (Telunion.) Ueber die Provinzen Nieder- und Oberfranken gingen, wie die Wetterberichte melden, schwere Unwetter mit Hagelschlag und Sturm nieder. Die neuen, in die Hunderttausende gehenden Schäden anrichten und auch mehrere Menschenleben forderten. Im Kreise Kreuzburg in Oberfranken warf der Sturm zahlreiche Schuppen und Gebäude um, Bäume wurden entwurzelt, der Verkehr vielfach lahmgelegt. In Culegau wurde durch die Fluten die Ernte so gut wie vernichtet. In Niederfranken, wo das Unwetter besonders in der Gegend von Biegi und Cels schweren Schaden anrichtete, wurden allein sechs Personen vom Blitzschlag getötet. Ueber Breslau ging am Mittwoch vormittag ein schweres Gewitter mit Wolkenbruch nieder. Die Feuerwehr mußte in über hundert Fällen eingreifen. In dem bekannten Schwednitzer und Ratsweinfelder Land das Wasser einen Meter hoch in den Kellerationsräumen. Auch in Unterfranken hat ein schweres Unwetter mit Wolkenbruch großen Schaden angerichtet. Kurz vor der Station Rentwiesendorf wurde der Bahndamm untergriffen, so daß auf einer Strecke von 50 Metern die Schienen frei in der Luft hingen und der in Ebern abfahrende Zug kurz vor der Gefahrenstelle zum Halten gezwungen werden mußte. In nördlichen Franken wurden mehrere Personen durch Blitzschlag getötet und verschiedene Häuser eingestürzt.

## Unwetter auch über Oberösterreich

Wien, 14. Juli. (Telunion.) Gestern nacht gingen über Wien und Umgebung schwere mit Hagelschlägen verbundene Gewitter nieder, die Kurtschäden in Höhe von über 100.000 Schilling anrichteten. Durch Blitzschlag wurden neun Bauernmensen vernichtet.

## Schwere Unwetterverheerungen im Schwarzwald

Stuttgart, 13. Juli. (Telunion.) Im württembergischen Schwarzwald wurden durch einen Gewittersturm 10-15.000 Ferkel Holz niedergewälzt. Besonders schwere Verwüstungen wurden am Rendschloß und den Waldungen des oberen Nagoldtales angerichtet, wo ganze Waldstrecken vernichtet worden sind.

# Die Pläne der Schulreaktion

Der Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes  
Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Ueber den Inhalt des vom Reichskabinett nunmehr beschlossenen und dem Reichsrat zugeleiteten Entwurfs eines Reichsschulgesetzes erfährt die Börsische Zeitung, daß durch das Gesetz in der Praxis die Haltung von Simultan- und Konfessionsschulen gemacht wird. Die Zulassung von konfessionellen Schulen wird erleichtert, da es einer Gemeinde, die verpflichtet wird, auf Antrag der Erziehungsbehörde eine konfessionelle Schule zu errichten, dann möglich ist, daneben eine Simultan- oder Konfessionsschule aufzustellen. Die Frage der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes wurde völlig im Sinne der Konfessionen und geradezu in „promotierender Weise“ geregelt, daß die Geistlichen nicht als Pfarrer, sondern als Staatsbeamte die Beaufsichtigung übernehmen sollen. Der Entwurf sieht das reaktionäre Prinzip weiter vor, daß die Kosten der Errichtung von Schulen von der Gemeinde getragen werden. Mit welcher Negativität man das geheimnisvolle Schulgesetz vor der Öffentlichkeit behandelte, zeigt die Tatsache, daß von dem Entwurf nur 2 Exemplare angefertigt wurden, die bisher ausschließlich in den Händen des Reichstanzlers und des Reichsministers sich befanden. Wie die Berliner Volkszeitung schreibt, ist die schnelle Verabschiedung der Vorlage des Reichskabinetts nur durch das Anfallen der Volksparteimitglieder möglich gewesen, deren Umsturz der Arbeiterchaft keineswegs überausend gekommen ist. Der Reichsrat will den Entwurf bereits heute den Ausschüssen überweisen, so daß das Plenum des Reichstages Anfang September sich mit dem Gesetz befassen wird. Der Reichstag soll im September „sammentberufen werden, damit das Gesetz durchgepeitscht und endgültig verabschiedet werden kann.

Die Berliner Morgenpresse nimmt anlässlich der Verabschiedung des Entwurfs im Reichskabinett meist ablehnend Stellung. Die Börsische Zeitung schreibt: Der vorliegende Schulentwurf scheint also die schlimmsten Erwartungen, die freirechtliche Kreise hegen, voll zu erfüllen. Es wird nicht geringer Arbeit bedürfen, um diese drohende bildungspolitische Gefahr in einigen Punkten zu hemmen.“ Die Berliner Volkszeitung bemerkt: „Ist es alles daran zu sehen, daß die gefährlichen Bestimmungen über die Gleichstellung der Bekennerschule und über die geistliche Beaufsichtigung aus dem Gesetz verschwinden. In der Septembertagung des Reichstages, die in der inneren Angelegenheiten des Reichstages, die durchgepeitscht werden soll, wird gleichzeitig über das Schicksal des Bürgerrechts mit entschieden, der mit diesem Gesetz leben oder fallen wird.“

Auch das Berliner Tageblatt nimmt gegen den Entwurf Stellung. Es wird dort gesagt: Entwurf geht weiter,

als der Zentrumsführer Grober in der Reichstagskammer, die Sammlung bei den Verhandlungen über das Schulgesetz forderte.“ Während selbst bürgerliche Blätter von einem Kampf oder von einer Abwehr der Kulturreaktion sprechen, wenn man im Vorwärts vergeblich nach derartigen Forderungen. Der Vorwärts ist nun neugierig, ob die Deutsche Volkspartei ihre im Kabinettsrat zum Ausdruck gebrachten Bedenken auch weiterhin konsequent aufrechterhalten wird. Nicht ein einziges Wort der Abwehr. Nicht ein einziges Wort gegen das Zentrum. Kein Wort gegen den Bürgerblock. Das ist die Stellung des Vorwärts. Die amtliche Erklärung, die zur Beratung des Schulgesetzes vom Kabinett herausgegeben wurde, bezeichnet der Vorwärts als belanglos. Aber etwas Belangvolles und Banaleres als die Stellungnahme des Vorwärts zu dieser amtlichen Erklärung ist fast nicht mehr denkbar.

## Rein Einbruch des Reichsrates

Preußen mit dem Zollvertrag einverstanden  
Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die preussische Staatsregierung beschäftigte sich in der am 12. Juli stattgefundenen Kabinettsitzung mit der Zollvorlage und mit der Frage, welche Haltung die preussischen Vertreter im Reichsrat, der über die Zollvorlage entscheiden wird, einnehmen sollen. Das Kabinett kam zum Entschluß, von einem erneuten Einspruch im Reichsrat gegen die neue Zollvorlage Abstand zu nehmen. Es begründet seine Schwächung damit, daß auch die bayerischen Vertreter einfallen würden und daß damit keine Möglichkeit mehr geboten sei, die Zollvorlage durch einen Akt des Reichsrats zu Fall zu bringen. Außerdem würde die Reichsregierung im Falle eines erneuten Einspruchs des Reichsrates die Zollvorlage ja doch nicht dem Reichstag noch einmal vorlegen, sondern vielmehr eigenmächtig die autonomen Fälle, die im Sommer 1925 befristet sind, und inwieweit teilweise erledigt wurden, am 31. Juli wieder in alter Höhe in Kraft treten lassen.

Heute Donnerstag um 17 Uhr fand die Plenarsitzung des Reichsrats statt, in der über die Zollvorlage, die Juderetzungsverträge und die Juderetzungsverträge Beschlüsse gefasst werden wird. Wie die DZJ zu berichten weiß, ist die Zollvorlage gesichert, die Zollvorlage und die Juderetzungsverträge werden voraussichtlich ohne Schwierigkeiten im Plenum passieren. Nachdem die preussische Staatsregierung beschlossen hat, von einem Einspruch gegen die Zollvorlage abzusehen. Auch sei anzunehmen, daß in der Juderetzungsverträge in der vor der Verabschiedung stattfindenden Ausschüßung eine Einigung erlangt so daß dadurch in der Plenarsitzung kein Einspruch des Reichsrats in dieser Frage zu erwarten ist.

## An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die untergeordneten Selbstorganisations haben bereits eine gewerkschaftliche Hilfsaktion für die bei der Unwetterkatastrophe betroffene Bevölkerung der Gottelubatalke und Müglitztales aufgerufen. Ein Teil des Ertrages dieser Sammlungen soll zu einer Sonderunterstützung der dabei in bitterster Not geratenen Gewerkschaftsmitglieder und der Hinterbliebenen der Todesopfer aus unseren Reihen verwandt werden. Zur einheitlichen Durchführung der Aktion hat der Bezirksausschuß des ADGB Sammelkassen herausgegeben, die durch die Ortsausschüsse an die Gewerkschaften und Betriebe verteilt werden. Für jeden Gewerkschafter gilt es nun Menschenpflicht zu erfüllen und gewerkschaftliche Solidarität zu üben.

Alle gesammelten Beträge, sowie die direkten Zuwendungen aus Gewerkschaftsmitteln bitten wir an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G., Filiale Dresden, Dresden-N. 1, Rigenbergstraße 4, auf Konto „Gewerkschaftshilfe für die Hochwassergeädigten“ zu senden.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Sachsen.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Landesrat Ostsch.  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Landesauswahlsch. Sachsen.

## Falschichtiges Waffenlager ausgehoben

Breslau, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)  
Die hiesige Volkswacht berichtet von der Entdeckung eines riesigen Munitionslagers des Stahlhelms folgendes: Am Montag wurde dem Reichsbanneroffizier von Sprottau bekannt, daß im Schuppen des Gutsbesizers Weich, eines Stahlhelmsmannes, sich ein großes Handgranatenlager befindet. Die benachrichtigte Polizei nahm eine Hausdurchsuchung vor. Der Gutsbesizer Weich behauptet zuerst das Vorhandensein von Waffen ganz entschieden. Bei der Durchsuchung aber fanden die Beamten in einem Schuppen mit Zeltplanen und Decken verpackt 43 Kisten mit 1038 Stielhandgranaten. Weich erklärte, die Munition sei vor 8 Jahren zu ihm gebracht und verpackt worden. Die gefundenen Handgranaten wurden beschlagnahmt und jetzt nach dem Depot der Reichsmehr gebracht. Weich, sein Sohn und der Inspektor sind als prominente Mitglieder des Stahlhelms in Sprottau bekannt.

## Der Postwucher

Ein Ortsbrief wird um 200 Prozent verteuert  
Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)  
In der Verteuerungsvorlage des Reichspostministers Schögel sind Bestimmungen vorgesehen, wonach in Orten mit mehr als 100.000 Einwohnern die besonderen Ermäßigungen für das Ortsporto für Briefe und Postkarten wegfallen sollen. Darnach würde alle in allen Orten mit über 100.000 Einwohnern ein Brief anstatt 5 Pf. 15 Pf. kosten. Die Bestimmungen sehen außerdem vor, daß unter der Voraussetzung, daß die Gebühren für Postkarten auf 8 Pf. erhöht werden, diese Karten und Marken in Automaten nur gegen Einwurf von 10 Pf. erhältlich sind.

## Aufstand gegen Nanjing

Schanghai, 13. Juli. (Tel.-Agentur Inprekorr.)  
Laut Meldungen der chinesischen Presse aus Tchangtschi ist im Süden der Provinz Kiangsu ein erster Aufstand gegen Nanjing entbrannt. Die Nanjing-Regierung beschickt Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes zu entsenden. Aus Kanton wird gemeldet, daß mehr als 1000 Bauern des Gemeinderats von Tamen überfallen haben, wo sich 200 Personen, die wegen ihres Auftretens gegen die Nanjing-Regierung verhaftet worden waren, befanden. Die Bauern befreiten die Verhafteten.

## Chinesischer Boykott gegen England und Japan

London, 11. Juli. (Tel.-Agentur Inprekorr.)  
Aus Schanghai wird gemeldet, daß Fengyuhuang den Hoangho überschritten hat und von Lojang und Kaiseng in der Richtung der Tan-China-Bahn vorrückt.

Die Börsische Zeitung meldet:  
Am 13. Juli ist für Kanton und das Hinterland ein mit dem Engländerverbundener Boykott englischer und japanischer Waren angeordnet worden. Der Boykott ruht die japanischen Truppenabzüge nach der Provinz Schantung entfallende Stimmung aus, trifft aber Japan weniger, da die japanischen Wirtschaftsinteressen zum größten Teil in der Mandchurie und in Schantung liegen.

## Frau Vorodin und Genossen freigelassen

Peking, 13. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)  
Genossin Vorodin und die mit ihr zusammen verhafteten drei diplomatischen Kurier wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Behauptungen haben sich als unhaltbar erwiesen.

## Vom Tage

Das Erdbeben in Palästina  
London, 13. Juli. (Telunion.)  
Nach Meldungen aus Kairo tonnenweise Augenzeugen des Erdbebens in Palästina ein genaues Bild von den angerichteten Verwüstungen geben. In den von dem Erdbeben heimgeschlagenen Orten bilden die noch stehengebliebenen aber schwer beschädigten Häuser eine große Gefahr, da auch mit ihrem Einsturz gerechnet werden muß. Die Behörden haben deshalb einige Häuser bereits in die Luft sprengen lassen, um weiteres Unheil vorzubeugen. Die Intensität von 1000 wird bestätigt, da allein in Moson 36 Personen in Lybda 80, in Barmeh 72 und in Amara 200 Personen getötet worden sind. Die Zahl der Verwundeten geht in die Tausende. In Palästina herrscht jetzt eine ungeheure Not an Krankenbaracken und Medikamenten. Aus Bagdad wird das Sanitätsmaterial auch mit Flugzeugen herangebracht.

Im Steinbruch zermalmt  
Frankfurt a. M., 13. Juli. (Telunion.)  
In dem Hunsrücker Steinbruch wurden heute in einem Steinbruch drei Arbeiter von niederstürzenden Steinblöcken getötet. Während der eine noch mit schweren Verletzungen davontam, wurden die beiden anderen von den Steinen zermalmt.